

Ressort: Finanzen

Unternehmen fordern mehr Geld für Flüchtlings-Wohnungen

Berlin, 05.09.2015, 17:18 Uhr

GDN - Angesichts steigender Flüchtlingszahlen fordern deutsche Wohnungsunternehmen deutlich mehr Förderung für den Neubau von Wohnungen, schnellere Baugenehmigungen und weniger Bürokratie. "Es muss jetzt gebaut werden, denn rund die Hälfte der zu uns kommenden Flüchtlinge wird dauerhaft in Deutschland bleiben", sagte der Präsident des GdW Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen der "Welt am Sonntag".

"Bund und Länder müssen umgehend die Baustandards absenken und die Verfahren für den Bau von Unterkünften drastisch beschleunigen." Nach Schätzungen des Deutschen Städtetags müssten jedes Jahr in Deutschland zusätzlich mindestens 300.000 Wohnungen gebaut werden, allein um die ankommenden Flüchtlinge unterzubringen. Im Moment sind es nur halb so viele. "In der aktuellen Notsituation wird häufig vergessen: Es geht nicht allein um die Erstunterbringung, sondern auch um die längerfristige Integration", so Gedaschko. Der Verband, dessen Mitgliedsunternehmen zusammen rund sechs Millionen Mietwohnungen in Deutschland anbieten, stellte an diesem Wochenende einen Forderungskatalog auf, um die drohende Wohnungskrise zu bewältigen. Erstmals werden nicht nur zinsverbilligte Darlehen oder Steuererleichterungen für den Neubau gefordert, sondern direkte Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt. In dem Papier, das der "Welt am Sonntag" vorliegt, werden außerdem deutliche Abstriche bei den energetischen Vorschriften gefordert, um die Kosten für Neubauten zu senken. Bis 2020 sollten die Anforderungen für neue Mehrfamilienhäuser auf den Stand der Energie-Einsparverordnung "EneV" von 2009 zurückgeschraubt werden. Auch beim Lärmschutz sollten Abstriche gemacht werden. Bauministerin Barbara Henricks hatte vor wenigen Wochen in Aussicht gestellt, die Energiespar-Vorschriften für Neubauten lediglich auf dem heutigen Stand einzufrieren. Der GdW fordert die Bundesregierung außerdem auf, bei der EU-Kommission in Brüssel für Ausnahmen bei Ausschreibungsverfahren einzutreten. Hintergrund ist die Gefahr langwieriger Vergabeverfahren, wenn es um größere Umbauten in kommunalen Beständen geht. GdW-Präsident Gedaschko plädierte dafür, Flüchtlinge nicht in neuen Ghettos am Stadtrand unterzubringen. "Die Fehler aus der Vergangenheit dürfen nicht wiederholt werden. Flüchtlinge und Zuwanderer dürfen nicht massiert am Rand der Städte in speziellen Quartieren und damit am Rand der Gesellschaft untergebracht werden", sagte er.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-59918/unternehmen-fordern-mehr-geld-fuer-fluechtlings-wohnungen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com